

Herr Zielinski erklärt, dass sich die Verwaltung zwar viel Arbeit gemacht habe, man mit dem Ergebnis dennoch nicht ganz zufrieden sei. Eine Mehrheit sei dafür, Unterlagen elektronisch bereitzustellen. Vor dem Hintergrund, dass der SPD-Antrag auf eine Kosteneinsparung gezielt habe, fehlten in der Vorlage entsprechende Angaben. Er wolle wissen, wieso dies nicht geschehen sei und nun eine anderer Strategie vorgeschlagen wurde.

Herr Wahl erklärt, dass man wenn gewünscht noch eine Kostengegenüberstellung liefern könne. Sofern dies entscheidungsrelevant sei, müsse man die Entscheidung vertagen.

Herr Liene versteht die nun laufende Diskussion nicht. Schon in der Vorlage sei ein Einsparvolumen bei ausschließlichem Versand an die Mitglieder der Gremien genannt. Alle wüssten, was Tablet-PC's kosten. Schon von daher sei klar, dass es sich aus wirtschaftlichen Gründen niemals rechnen würde, für jeden Tablet-PC.s anzuschaffen, ganz abgesehen davon, dass nicht jeder ein solches Gerät freiwillig nutzen wolle. Aus diesen Gründen mache es keinen Sinn, die Verwaltung mit unnötigen zeitaufwändigen Kostenrechnungen zu belasten.

Frau Miethke hat den Umfrageergebnissen entnommen, dass sich viele Ratsmitglieder mit einer gänzlich papierlosen Ratsarbeit unwohl fühlen würden. Schon daraus sei zu schließen, dass es keinen Sinn mache, nun für jeden ein Tablet anzuschaffen. Insofern seien eine weitere Diskussion und weitere Arbeitsaufträge in diese Richtung entbehrlich.

Wenn nicht alle mitmachen, so Herr Gräf, könne man dies nicht jedem einfach so überstülpen. Vertagen sei keine gute Idee, zumal mit dem geringeren Versand ja schon Einsparungen erreicht würden. Den Verwaltungsvorschlag wolle er gerne ergänzen, indem die Niederschriften auch nicht nur im Ratsinfosystem, sondern auch per Mail bereitgestellt werden.

Diesbezüglich warnt Herr Dr. Peeters vor schnell überfüllten Postfächern. Ggf. könne man auch mit bloßer Mail und einem entsprechenden Link arbeiten.

Herr Zielinski erklärt, dass hier Äpfel mit Birnen verglichen werden. Das in der Vorlage genannte Einsparpotential beziehe sich ja nicht auf die papierlose Umstellung, sondern lediglich um eine Änderung des Versandverfahrens. Insgesamt hätten lediglich 7 befragte Personen erklärt, dass sie ausschließlich Papier wünschten. Für eine ausschließlich elektronische Ratsarbeit hätten sich hingegen 17 Befragte ausgesprochen. Für ihn bedeute dies eine ganz klare Schwerpunktsetzung. Die Bedienung eines Tablet's sei nicht schwieriger als mit einem modernen Handy.

Herr Wahl bezieht sich auf die Diskussion bei der ersten Beratung. Um überhaupt einmal abzuschätzen, ob die vollelektronische, papierlose Ratsarbeit überhaupt gewünscht ist, sei ja die Umfrage angeregt worden. Das Ergebnis sei sehr differenziert und lasse nicht den Schluss zu, dass Annähernd alle die elektronische Ratsarbeit wünschten. Aus diesem Grunde habe man die Vorlage in diese Richtung gefertigt und auch auf eine detaillierte Kostenanalyse verzichtet.

Herr Zielinski erklärt, dass eventuell ein anderes Meinungsbild dabei herausgekommen wäre, wenn ein Einsparvolumen in beispielsweise höherer vierstelliger Summe dabei herausgekommen wäre.

Herr Sonntag hält die Aussage in der Beschlussvorlage, dass die Verwaltung aufgrund der Haushaltssituation keinen Vorschlag zur Anschaffung von Tablet-PC's unterbreite für nachvollziehbar. So seien 109 Rats- und Ausschussmitglieder befragt worden. Es könne doch nicht ernsthaft sein, dass man 109 Mandatsträgern ein solches Gerät beschaffe. Insofern sei schlüssig, dass die Verwaltung dies nicht weiter verfolgt habe. Die CDU-Fraktion hält eine ausschließliche Bereitstellung der Niederschrift im Ratsinfo-System für nicht sinnvoll. Vielmehr wünsche man auch weiterhin die Zusendung in Printform – allerdings beschränkt auf die Mitglieder der Ausschüsse und die Fraktionsvorsitzenden. Dies decke sich auch mit den Rückmeldungen. Wenig servicefreundliche findet Herr Sonntag, dass Geräte für die W-LAN-Nutzung eigens registriert werden müssen. Außerdem sei es umständlich, jeweils die Repeater extra zu aktivieren.

Herr Gräf erklärt, dass man auch mit der Ergänzung der CDU leben könne und hält es auch für wenig sinnvoll, die Repeater zuvor immer erst zu aktivieren, insbesondere auch deshalb, weil des öfteren auch ohne vorherige Terminierung kurzfristig Besprechungen stattfinden, für die der Anschluss ggf. benötigt würde.

Der Bürgermeister erklärt, dass man bezüglich der Repeater eine praktikable Lösung suchen werde. Die vorgeschlagene Verfahrensweise sei auch einer gewissen Sicherheit geschuldet, um das Netzwerk nicht generell offen zu lassen.

Herr Wahl erklärt, dass die Registrierung der benutzen Endgeräte der Vereinfachung des späteren Verfahrens diene. Scheide jemand aus dem Gremium aus, könnte so das registrierte Gerät einfach gelöscht werden ohne die jeweils postalische Zuleitung neuer Kennungen an alle Mandatsträger.

Herr Sonntag ist der Meinung, dass dies nicht notwendig sei, da ja nur die Kennung des jeweiligen Mandatsträgers erforderlich sei.

Herr Wahl erklärt, dass man sich über einen Netzwerkschlüssel (= Kennung) in den W-LAN-Router einwählt. Insofern gelte die gleiche Verfahrensweise wie beim heimischen Netzwerk zuhause auch. Gleichwohl werde man klären, ob dies möglich sei.

Anmerkung der Verwaltung:

*Auf Nachfrage in der ADV-Abteilung verhält es sich so, wie bereits in der Sitzung vermutet. Der eingesetzte W-LAN-Router ist nicht für den Betrieb mit einer Vielzahl von Netzwerkschlüsseln ausgelegt, sondern lässt sich in der Tat nur über eine Kennung nutzen. In der Konsequenz bedeutet dies, dass an alle, die zuvor einen Netzwerkschlüssel erhalten haben, nach Umbesetzungen eine neue Kennung erhalten. Anders ist verhält sich das selbstverständlich bei Mandatsträgern, die von einer Umbesetzung betroffen sind, aber aufgrund der Mitarbeit in einem anderen Ausschuss bereits eine Kennung erhalten haben (Ausschussmitglied A wechselt von Ausschuss C in den Ausschuss D). In den vergangenen beiden Jahren hat der Rat am 20.02.2011, 19.09.2011, 14.11.2011, 19.12.2011, 09.02.2012 und 25.06.2012 Ausschussumbesetzungen beschlossen.*

Herr Scholz stellt klar, dass er selbst und sich noch der ein oder andere Unterlagen in Papierform wünschten. Dies habe er auch in der Umfrage klar geäußert.

Nach der längeren Erörterung fasst der Bürgermeister das Beratungsergebnis zusammen und formuliert den modifizierten Beschlussvorschlag.